

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Hankfonte: Gebr. Arnold, Dresden und Carl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Druckpreis einschließlich Weingerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Geld und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Anzeigenzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 4

Dresden, Dienstag den 6. Januar 1925

36. Jahrg.

## Und in Preußen?

Von unserm Berliner Mitarbeiter

Run haben wir wieder einen Reichstag und einen Landtag! Aber im Reich fehlt uns immer noch die erforderliche starke Regierung, und in Preußen ist man auf dem besten Wege, von dem aktionsfähigen Kabinett eine Demission zu erzwingen. Die Volkspartei will es so, und es ist leider wahrscheinlich, daß ihre Krisenmacherei jetzt auch auf Preußen Ausdehnung findet.

In den letzten Wochen konnte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die preußische Fraktion der Volkspartei hinter der Reichsregierung im Reich nicht zurücktreten würde. Am Montag ist sie nun mit dem Ziel zum Angriff übergegangen, die Deutschnationalen zunächst möglichst schnell und stark an der Regierung zu beteiligen, damit sie sich kompromittieren. Egentlich leben wir bereits seit Sonntag in einer Preußenkrise, denn schon an diesem Tage hatte die preußische Fraktion der Volkspartei beschloffen, in der für Montag vorgesehenen und abgehaltenen Besprechung der Parteiführer den Rücktritt des Gesamtkabinetts zu verlangen und, falls dieser Forderung nicht stattgegeben werden sollte, ihre Minister aus der bestehenden Koalition zurückzuziehen. Man überlege: Dieser Beschluß wurde gefaßt, trotzdem die jetzige Preußen-Koalition den Wahlkampf glänzend überstanden hat und im Parlament eine starke Mehrheit besitzt. Das hat selbst der jetzige Kultusminister Dr. Voelck in der letzten Sitzung seiner Fraktion mit der ausdrücklichen Bemerkung festgestellt, daß er in seinem Leben selten ruhiger und zufriedener gearbeitet hat als unter der Führung des Sozialdemokraten Braam während der dreijährigen Koalition in Preußen. Mit besten Willen ist die Volkspartei nicht, und so hat auch Herr Voelck darauf verzichtet, aus seiner Feststellung die Konsequenzen zu ziehen oder gar seiner Fraktion die Fortsetzung der großen Koalition zu empfehlen. Der schwarz-weißrote Vektor in der Volkspartei schien ihm schließlich zu groß, und in der Tat hat nur ein einziger Volksparteiler im Verlauf der Sonntagsitzung für den Fortbestand des Kabinetts Braam gesprochen.

Zunehmend hat die Volkspartei vorläufig noch nicht geglaubt. Ihre Stärke liegt im Augenblick darin, daß in Preußen die kleine Koalition, d. h. ein Kabinett aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, keine Mehrheit besitzt. Sie könnte vielleicht geschaffen werden, wenn sich die Wirtschaftspartei an einer solchen Regierungskoalition beteiligte. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob bei ihr selbst dazu Neigung vorhanden ist und ob das Zentrum die Bildung eines derartigen Kabinetts erwidert. Jedenfalls aber darf das die sozialdemokratische Fraktion in Preußen nicht veranlassen, das Feld kampflos zu räumen. Sie muß unter allen Umständen versuchen, die augenblicklich noch in unserm Besitz befindliche Position zu halten, und darf hier auch vor den letzten Mitteln nicht zurückweichen. Aus der deutschnationalen Seite gegen die große Koalition und insbesondere gegen den Ministerpräsidenten Braam und den Innenminister Severing ergibt sich am besten der Wert einer Beteiligung an der preußischen Regierung und der Wert dessen, was unsere Fraktion in Preußen zu verteidigen hat.

Es gibt unsres Erachtens eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um das Spiel der Volkspartei zu erschweren. Zwischen der Regierungsbildung im Reich und in Preußen besteht z. B. der Unterschied, daß hier der Reichskanzler auf Grund der Koalitionsverhältnisse ernannt wird, während er dort vom Landtag gewählt werden muß. Allein sind die Deutschnationalen und die Volksparteiler, vielleicht auch die Wirtschaftsparteiler nicht in der Lage, die Mehrheit für einen Ministerpräsidenten zu erlangen. Dagegen besteht diese Möglichkeit für die bisherigen Koalitionsparteien, d. h. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, sofern die Kommunisten nicht geschlossen antworten und für einen Ministerpräsidenten der Reaktion stimmen. Anders liegen die Dinge natürlich, wenn die preußische Zentrumfraktion ihrer im Dezember zum Ausdruck gebrachten Auffassung gegen den Bürgerlohn untreu wird und aus ihren Reihen einen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt aufstellt, der dann nach vorheriger Vereinbarung von den Deutschnationalen, dem Zentrum und der Volksparteiler, vielleicht auch der Wirtschaftspartei gewählt wird. Eine Einigung der Rechtsparteien auf einen Zentrumskandidaten ist zweifellos nicht leicht, aber die Deutschnationalen wollen nun einmal Preußen, und wir sind überzeugt, daß sie jede Gelegenheit benutzen werden, um ihr Ziel zu erreichen.

Aus einer Anfrage, die der Vertreter des Zentrums, Herold, an die Volkspartei richtete und die eine Feststellung darüber bezweckte, ob die Volkspartei in Preußen ebenfalls bereit ist, ein „überparteiliches“ Kabinett zu bilden, ergeben sich bestimmte Absichten, die bereits jetzt im Zentrum begehrt werden. Man will die Krise in Preußen mit der im Reich in Verbindung bringen und den Versuch machen, auch rechts der Wilhelmstraße ein „überparteiliches“ Kabinett zu bilden. Im Reich ist Herr Dr. Marx vorläufig von der Verwirklichung dieser überparteilichen Regierung, die tatsächlich eine reine Parteiregierung werden wird, noch ein ziemlichliches Bild entfernt. Der deutschnationale Vizepräsident im Landtag, Kreis, der das Reichsinnenministerium übernahm, sollte, und der gleichzeitige, als Wirtschaftsminister gedachte frühere Ministerialdirektor im preußischen Handelsministerium, Neuhaus, haben Herrn Marx inzwischen einen Korb erteilt. Immerhin macht die Taktik des Reichskanzlers — und daran ändern alle Entgegnungen nichts — ersichtlich,

wohin der Weg führt: Ausschluß der Sozialdemokratie von allen Ämtern. Die bürgerlichen Parteien dürfen versichert sein, daß die Sozialdemokratie den ihr angefügten Kampf aufnehmen wird.

## Rücktritt der volksparteilichen Minister?

Amlich wird gemeldet: Am Montag, nachmittags um 6 Uhr, empfing der preussische Ministerpräsident Braam die Führer der vier preussischen Koalitionsparteien. Erschienen waren von der Sozialdemokratischen Partei die Abgeordneten Bezziowski und Vaul, von der Zentrumspartei Dr. Barck und Herold, von der Deutschnationalen Partei Dr. Schreiber, Galle, Stendel und Schwanz, von den Demokraten Dr. Schneider, Halle, und Dr. Köpfer, Aschoff. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß sie auf dem Standpunkt ständen, auf Grund des Artikels 46 der preussischen Verfassung müsse die Regierung zurücktreten, um dem Landtag die Gelegenheit zur Neuwahl des Ministerpräsidenten zu geben. Die

Vertreter der drei anderen Fraktionen äußerten sich dahin, daß nach ihrer Ansicht sich aus dem Artikel 46 keineswegs eine Notwendigkeit für den Rücktritt der preussischen Kabinetts ergebe. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei gaben daraufhin die Erklärung ab, daß sie aus diesen Auffassungen die Konsequenz ziehen müßten, ihre beiden Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen, um damit die Demission des Gesamtkabinetts herbeizuführen. Die Vertreter der übrigen Parteien stellten daraufhin fest, daß diese Erklärung der Deutschen Volkspartei eine neue politische Situation geschaffen habe, die sie zwingt, zunächst einmal wieder mit ihren Fraktionen Fühlung zu nehmen, um deren Stellung zu erfahren.

Das preussische Staatsministerium wird am Dienstagmorgen in einer Sitzung zu der Frage Stellung nehmen, ob sich aus dem Art. 46 der Verfassung ohne weiteres der Anlaß für die Demission des Kabinetts ergibt. Neben der politischen Situation, die durch den eventuellen Rücktritt der Deutschen Volkspartei angetragenen Staatsminister geschaffen wird, kann das Kabinett erst beraten, nachdem sich die Fraktionen der drei Parteien, deren Minister im Kabinett verbleiben, geeinigt haben.

## Die Note zur Räumungsfrage

Berlin, 5. Januar. Die Vorkämpfer Englands, Frankreichs, Italiens und Japans und der belgische General haben heute mittags 12½ Uhr im Auftrag ihrer Regierungen bei dem Reichskanzler den angeforderten Kollektivschritt in der Räumungsfrage unternommen. Die am Montag dem Reichskanzler übermittelte Kollektivnote der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der norddeutschen Rheinlande lautet:

Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 besagt, daß, um die Ausführung des genannten Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins, einschließlich der Präfektur, während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt bleiben.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 wird die in Artikel 428 vorgesehene Besetzung, wenn die Bedingungen des genannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich erfüllt werden, nach und nach der Ablauf der ersten fünf, dann der ersten zehn Jahre eingeschränkt werden. Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der deutschen Regierung, ohne den 10. Januar abzuwarten, mitzuteilen, daß sie den Beweis dafür erhalten haben, daß Deutschland die im Artikel 429 vorgesehene Bedingungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Vergewisserung der Bestimmungen über die vorzeitige teilweise Räumung schuldig zu werden zu können.

So sind, wenn man nur den Teil V des Vertrages in Betracht zieht, die von der Internationalen Militärkommission trotz gewisser Widerstände, denen sie begegnet ist, gesammelten Nachrichten über den Stand der Ausführung der militärischen Bestimmungen hinreichend, um diese Entscheidung der alliierten Regierungen zu begründen.

Es sind z. B. um nur einige wesentliche Punkte unter den schon jetzt bekannten Tatsachen hervorzuheben, die folgenden Feststellungen gemacht worden:

In Vertiefung des Artikels 160 ist der Große Generalstab der Armee in einer andern Form wiederhergestellt worden. In Vertiefung des Artikels 174 sind freiwillige auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet worden.

Entgegen dem Artikel 168 ist die Umstellung der Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht durchgeführt.

Entgegen den Artikeln 164 bis 169 sind bei der militärischen Ausrüstung festgelegte übermäßige Bestände jeder Art vorhanden, und es sind bedeutende unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden.

Entgegen dem Artikel 162 sowie dem Beschluß der Konferenz von Boulogne vom 19. Juni 1920 hat die Umorganisation der staatlichen Polizei noch nicht begonnen.

Entgegen dem Artikel 211 hat die deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen getroffen.

Die alliierten Regierungen rechnen übrigens mit dem baldigen Eintreffen des Berichtes der Internationalen Kontrollkommission, der die Gesamtergebnisse der im Gange befindlichen Generalinspektionen wiedergibt. Dieser Bericht wird es ihnen ermöglichen, zu bestimmen, was von Deutschland noch erwartet werden muß, damit seine Verpflichtungen auf militärischem Gebiet gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als getreulich erfüllt betrachtet werden können. Eine weitere Mitteilung hierzu wird der deutschen Regierung später zugehen.

## Eine Erklärung der Reichsregierung

In zuständiger Stelle wird zu der Note der alliierten Regierungen erklärt, daß sich die Note offenbar die Vorwürfe zu eigen macht, die insbesondere in der französischen Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Generalinspektion und der Frage der Räumung der norddeutschen Rheinlande erhoben worden sind. Diese in der Note zusammengestellten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Widerlegung dieser Vorwürfe so lange zurückzustellen, bis ihr die angeforderten näheren Mitteilungen gemacht sind, und gibt dem dringenden Wunsch der Regierung, fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Überzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Frage nahe wie die Verlängerung der Besetzung der norddeutschen Rheinlande rechtfertigen kann. Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

## Ruhige Reichstags-Eröffnung

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Ruhig, beinahe langweilig ist die Eröffnungssitzung des neuen Reichstags vor sich gegangen. Die Kommunisten haben wieder mehr angefangen, als sie halten konnten. Vor dem Gebände bekam die Schupo glücklicherweise keine Tätigkeit, da von dem Andrang der angeblich Hunderte kommunistischer Delegationen aus den Betrieben nichts zu merken war.

Im Saal waren die Tribünen und das Parkett der Abgeordneten gut besetzt; aber die Kommunisten besetzten wenig Neugier, ihre Epochenfestsätze vom Mai zu wiederholen. Ihr Ruf nach der Amnestie klang recht schwach. Nach einigen Widerworten fügte sich der kommunistische Sprecher Thälmann der Anordnung des Alterspräsidenten Wilhelm Bode, daß zur Geschäftsordnung erst bei der Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung gesprochen werden könne. Auch der Namensaufruf, der die Anwesenheit von 434 Abgeordneten ergab, verlief ohne Eindrück. Ein paar mal versuchten die Kommunisten geistlos und ungeschickt den Namen Parnac anzuwenden, aber es machte keinen Eindruck. Sogar der Namensaufruf Ludendorffs ging beinahe unbemerkt vorüber. Dann kamen die Kommunisten mit ihrem Vorstoß für ein Amnestiegesetz und die Entlassung der inhaftierten Abgeordneten zu Wort. Hermann Müller und Thälmann erklärten, daß wir selbst ein Amnestiegesetz schnellstens einbringen werden und selbstverständlich dafür sind, daß der Antrag auf Entlassung der im Gefängnis sitzenden Abgeordneten zur schleunigsten Beratung dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen sei. Auf jeden Fall sei aber vor allem das Präsidium des Reichstags zu wählen. Diese Beschlüsse wurden der Präsidentenwahl überstürzt aber dem deutschen Volksparteiler Schulz als Geschäftsführer der beiden Rechtsparteien, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, wollten so gern die Präsidentenwahl mit dem Regierungshandel verbinden. Das Zentrum aber tat ihnen diesen Vorschlag nicht. Es bleibt dabei, daß am Mittwoch — der Dienstag ist katholischer Feiertag — die Wahl des Reichstagspräsidenten auf der Tagesordnung steht. Weiter wurde der Antrag auf Entlassung der inhaftierten Abgeordneten mit den Stimmen der Linken und der Mittelparteien auf die Tagesordnung

gesetzt. Dem Antrag der Kommunisten, die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu bringen, konnte schon darum nicht entsprochen werden, weil ein angegebener Gesetzentwurf noch nicht einmal von den Kommunisten eingebracht worden ist. Der zuständige Ausschuss unserer Fraktion wird in wenigen Tagen einen brauchbaren Entwurf dem Reichstage vorlegen.

Nach kaum 1½ Stunden war die erste Sitzung des Reichstags beendet. Auch die Kommunisten verhielten ruhig und geistlos. Die Deutschnationalen haben sich überhaupt nicht bemerkbar gemacht. Beide Fraktionen, die im vorigen Reichstag so viele Sitzungen arbeitsunfähig machten, sind durch die neue Einteilung der Sitze im Plenarsaal so stark von der Rednertribüne und dem Präsidentenstuhl zurückgedrängt, daß schon aus dieser Grunde die Regierung zu lärmenden Ausfällen bei ihnen gedrängt ist. Die tiefere Ursache ihrer an sich erschrecklichen Vernehmung ist aber der mangelnde Glaube an die Wirkung der Methoden, mit denen sie bisher gearbeitet haben. Alle deutlich haben ihnen die deutschen Wählermassen gezeigt, daß sie das Parlament nicht zu einer Stätte für Dummegehirne herabgewürdigt wissen wollen. Ob das anständige Betragen anhalten wird, ist freilich die Frage.

## Sitzungsbericht

SPD, Berlin, 5. Januar 1925.

Die erste Sitzung des neuen Reichstags ist außerordentlich stark besucht. Das Ergebnis der Wahl, die die Sozialdemokratische Partei zur weitaus stärksten Fraktion gemacht hat, zeigt sich auch in der Anordnung der Plätze. Die Sitze der Sozialdemokratie reichen fast bis in die Mitte des Saales. In der sozialdemokratischen Fraktion sind einige Plätze unbelegt. In der sozialdemokratischen Fraktion sind an den Sitzungen der Exekutive der sozialistischen Internationale in Brüssel teil. Die Genossen Dittmann und Tom Gember sind als Delegierte beim Internationalen Arbeiterkongress in Paris. Bei den Kommunisten fehlen einige Abgeordnete, zum Teil befinden sie sich noch in Haft, zum Teil